

**Antrag**

Piratenfraktion

 Ursprungsdrucksachenart: Antrag,  
 Ursprungsinitiator: Piratenfraktion

Beratungsfolge:

24.04.2013 BVV

BVV/014/VII

**Betreff: Ombudsleute für das JobCenter Pankow****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass im Jobcenter Pankow die Stelle einer/s ehrenamtlichen Beauftragten (Ombudsmann/-frau) für die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II eingerichtet wird.

Bei der Einrichtung der Stelle sollten auch die gemachten Erfahrungen der Bezirke Mitte, Zehlendorf-Steglitz und Charlottenburg-Wilmersdorf berücksichtigt werden.

Berlin, den 16.04.2013

 Einreicher: Piratenfraktion  
 BV Jan Schrecker

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

<input type="checkbox"/>	beschlossen
<input type="checkbox"/>	beschlossen mit Änderung
<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input checked="" type="checkbox"/>	zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	EINSTIMMIG
<input type="checkbox"/>	MEHRHEITLICH
<input type="checkbox"/>	JA
<input type="checkbox"/>	NEIN
<input type="checkbox"/>	ENTHALTUNGEN

federführend

<input type="checkbox"/>	überwiesen in den Ausschuss für
<input type="checkbox"/>	zusätzlich in den Ausschuss für
<input type="checkbox"/>	und in den Ausschuss für

**Begründung:**

Derzeit sind über rund 2000 Verfahren gegen das JobCenter Pankow anhängig. Diese Flut von Klagen kann das zuständige Sozialgericht nur unter einem hohen Zeitaufwand erledigen. Für den Empfänger von Arbeitslosengeld II kann dies unter Umständen gravierende existenzielle Folgen haben.

Jens Regg von Geschäftsleitung der Regionaldirektion Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg führt dazu aus: "Einen Bescheid rechtssicher und bürgerfreundlich zu formulieren, ist bei der derzeitigen Rechtslage schier unmöglich". Ein Ombudsverfahren ist außerdem unbürokratischer und stellt in der Regel eine größere und vertrauensvollere Akzeptanz für die Entscheidung her. Ferner können Gerichtsverfahren verhindert und damit enorme Kosten eingespart werden. Es ist also eine sogenannte „Win-Win“ Situation für alle Beteiligten.